



NachDenkSeiten
Die kritische Website

Albrecht Müller
Jens Berger

Nachdenken über Deutschland

Das kritische Jahrbuch
2021 / 2022

WESTEND

Für alle, die sich
noch eigene
Gedanken machen

W E S T E N D

Ebook Edition

Nachdenken über Deutschland

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:

www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

ISBN 978-3-86489-844-0

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2021

Umschlag: Maximilian David, Westend Verlag GmbH

Satz und Datenkonvertierung: Publikations Atelier, Dreieich

Inhalt

Wer sind und was wollen die NachDenkSeiten?

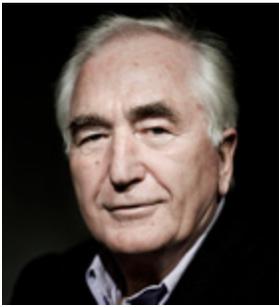
Politische Bredouillen: Wen wählen, wen zum Terroristen erklären, wo als nächstes einmarschieren?

Corona, Runde Zwei: Gewinner und Verlierer

Wirtschaft: Höhenflüge und freier Fall

Die Medien in der (Corona)Krise

Nachlese für Nachdenker



© Liesa Johannsen



© privat

Albrecht Müller, 1938 in Heidelberg geboren, ist Diplom-Volkswirt, Bestsellerautor und Publizist. Er ist Herausgeber der NachDenkSeiten. Müller leitete Willy Brandts Wahlkampf 1972 und die Planungsabteilung unter Brandt und Schmidt. Von 1987 bis 1994 war er für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestages. Zu seinen veröffentlichten Büchern zählen »Mut zur Wende!«, »Die Reformlüge« sowie »Machtwahn«. Im Westend Verlag erschienen zuletzt »Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst« (2019) und »Die Revolution ist fällig« (2020).

Jens Berger ist Journalist und politischer Blogger der ersten Stunde und Redakteur der NachDenkSeiten. Er befasst sich mit und kommentiert sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Themen. Berger ist Autor mehrerer Sachbücher, etwa »Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?« (2020) und der Spiegel-Bestseller »Wem gehört Deutschland?« (2014) sowie »Schwarzbuch Corona« (2021).

Wer sind und was wollen die NachDenkSeiten?

Achtzehn Jahre ist unser Projekt jetzt schon alt – und die Besucherzahlen steigen weiter. Über 150 000 Menschen sind es im Durchschnitt täglich, die unser Angebot wahrnehmen, mit uns gegen den Meinungs- und Medien-Mainstream zu schwimmen. Für viele Leser sind die NachDenkSeiten zu einer festen Konstanten geworden. Auf Facebook haben inzwischen über 100 000 Menschen die Nachdenkseiten abonniert. Diese große Zustimmung treibt uns weiter an. Mit unseren »Hinweisen des Tages« bieten wir einen Informationsservice, der auf interessante Links, Sendungen und Artikel verweist und diese auch kommentiert. Unser Kernstück, das »Kritische Tagebuch«, ordnet die Zeitläufe ein und versucht, aktuelle Themen aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Natürlich sind Meinungsmanipulationen unser »täglich Brot«.

Zahlreiche Gastbeiträge und das Feedback unserer Leser ergänzen unser Angebot, dass wir ohne ökonomische Interessen betreiben. Danke dem Westend Verlag, der es wieder möglich gemacht hat, in einem Jahrbuch – es ist nun schon das fünfzehnte – die wichtigsten Artikel von Albrecht Müller und Jens Berger zusammenzustellen.

Politische Bredouillen: Wen wählen, wen zum Terroristen erklären, wo als nächstes einmarschieren?

Am 3. November 2020 wurde Joe Biden zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt und am 20. Januar 2021, zwei Wochen, nachdem das Weiße Haus von wütenden Trump-Anhängern gestürmt worden war, vereidigt. Sein Amtsantritt läutete eine Wiederaufnahme der transatlantischen Ränkespiele und Einflussnahmen ein, die unter der »America First«-Ägide seines Vorgängers zeitweise ausgesetzt worden waren. Dennoch ziehen die Entscheidungen Trumps noch immer ihre Spuren durch die USA, wie nicht zuletzt der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan zeigte,

dessen Anfänge in dem im Februar 2020 abgeschlossenen Abkommen zwischen den Taliban und der Trump-Administration liegen, und der innerhalb weniger Tage zum absoluten Fiasko geriet. Mit dem Krieg in Afghanistan geht nach zwanzig Jahren eine blutige Auseinandersetzung zu Ende, die hunderttausende Menschen das Leben gekostet und letztlich kein einziges der von der damaligen Regierung unter George W. Bush formulierten Ziele umsetzen konnte. In Deutschland stehen währenddessen die Bundestagswahlen an und noch nie waren Umfragewerte so niedrig, waren die Kandidaten derart schlecht aufgestellt für die Erwartungen der Bevölkerungen.

Gedanken zur US-Wahlnacht und zur Berichterstattung

Albrecht Müller am 4. November 2020

Seit Tagen schon werden wir auf die US-Präsidentenwahl eingestimmt. Die gestrigen Nachrichtensendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, auch »Die Anstalt« des ZDF und Markus Lanz zum Beispiel waren voll vom Thema. Ungefähr ab Mitternacht wurde dann auf den öffentlich-rechtlichen Kanälen ARD, ZDF und Phoenix bis in den Morgen davon berichtet – mit vielen Berechnungen, Analysen und Interviews. Warum eigentlich so intensiv? Warum so viel? So ist das eben. Die Vasallen müssen wissen, was und wie beim Imperator gespielt wird. Es folgen ein paar Beobachtungen.

Vorher noch der Hinweis auf die neueste Entwicklung heute früh: Trump erklärt sich zum Sieger. Siehe Screenshot der ARD-Meldung.

Nun aber die Beobachtungen von heute Nacht. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Zuneigung notiere ich, was mir auffiel:

1. Warum berichten alle 3 Kanäle die ganze Nacht von einem Ereignis in einem anderen Land? Es hätte doch gereicht, wenn einer der öffentlich-rechtlichen Sender berichtet hätte. Dass so unglaublich viel in die Berichterstattung und Kommentierung investiert wurde und wird, hängt 1. daran, dass unser Land von den USA und dem dortigen Präsidenten abhängig ist, und 2. vermutlich auch daran, dass die Medienmacher bei uns und viele aktive Politiker wie auch viele Wissenschaftler allesamt mit der dortigen Gesellschaft und den dortigen Milieus eng verbunden sind. Letzteres ist aber kein sachlicher Grund für diese extreme Aufmerksamkeit für die USA. – Übrigens haben ja nicht nur medienschaffende Personen ihre Zeit und Kraft eingesetzt und aus meiner Sicht vergeudet. Das gilt zum Beispiel auch für den deutschen Außenminister Heiko Maas und den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und CDU-Vorsitzenden-Kandidaten Norbert Röttgen. Sie saßen brav auf einem Sofa.

2. Es fiel auf, wie einseitig die Berichterstattung und Kommentierung besetzt waren. Die überwiegende Mehrheit bestand aus Anhängern von Biden.

3. Entsprechend enttäuschte Gesichter gab es, als dann gegen Morgen sichtbar wurde, dass sich die Meinungsforscher wieder getäuscht hatten und Trump alle Chancen hat, Präsident zu bleiben.

Wer etwas aufmerksamer die amerikanische Szene beobachtete und berücksichtigte, welchen Stimmungsumschwung die Wahlkampfstrategie und der Wahlkampfeinsatz von Kandidaten auch in der Schlussphase erzielen kann, konnte wissen, dass das einvernehmlich gezeichnete Stimmungsbild keinesfalls verlässlich war. Willy Wimmer hat mich vor einigen Tagen schon darauf hingewiesen, dass einer seiner kundigen Gewährsleute in den USA den Sieg des bisherigen Präsidenten vorhersagt. Meine eigene Wahlkampf Erfahrung deutet auch darauf hin, dass ein Stimmungsumschwung auch in der Schlussphase noch erreicht werden kann. – In der Berichterstattung konnte man dann übrigens beiläufig erfahren, dass der demokratische Kandidat Biden nicht mehr mit vollem Einsatz persönlich auftrat, weil er zu wenig zog.

4. In diesem Zusammenhang kam auch ein bisschen Kritik an dem demokratischen Kandidaten auf. Ansonsten war die gesamte Medienwelt fast ausnahmslos auf der demokratischen Kandidaten Seite. Zur Unterfütterung dieser eigenen Position wurde dann auch mehrmals berichtet, dass das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hinter Joe Biden steht.

5. Damit wurde sichtbar, dass die Meinung über eine Sache oder über eine Person wesentlich von dem beeinflusst wird, was die Medien berichten. Die Medien haben mehrheitlich eben nicht von den Machenschaften und der politischen Korruption des Kandidaten Biden und seiner Familie berichtet. Das blieb meist unter dem Teppich.

6. Die Sympathie für den Kandidaten der Demokraten führte dann auch noch zur Fehleinschätzung, dass dieser generell bei den Briefwahlen viel bessere Ergebnisse erzielen würde als Trump. In

der Nacht musste man dann nach Auszählung der Briefwahlstimmen in Florida ernüchtert feststellen, dass auch diese Einschätzung nicht stimmte.

7. Sind die USA (noch) eine Demokratie? Diese Frage wurde immerhin offen gestellt und gelegentlich mit einem Nein beantwortet. Es fing schon in der ZDF-Sendung »Die Anstalt« am gestrigen späten Abend an. Da wurde beispielsweise davon berichtet, wie schon bei der Zuschneidung der Wahlkreise manipuliert werden kann. Bei Markus Lanz meinte die Kommunikationsforscherin Professor Andrea Römmele, die USA seien keine Demokratie mehr. Leider wurde dieser Einwurf dort nicht weiterverfolgt. Immerhin konnte man in dieser Runde lernen, wie viele deutsche Medienmacher und Politiker – einschließlich des SPD-Linken Stegner – in den USA politisch sozialisiert worden sind. Das ist ein durchgängiges Phänomen, das für die Politik unseres Landes und seine Unabhängigkeit, genauer ausgedrückt: Abhängigkeit, eine große Bedeutung hat.

Auch dem als US-Einflussperson bekannten Journalisten Georg Mascolo kamen im Laufe der Nacht am Morgen um 7:50 Uhr und angesichts des aus seiner Sicht drohenden Wahlsiegs des jetzigen Präsidenten Zweifel, ob ein Wahlsystem, bei dem wie in den USA nun schon dreimal hintereinander jener Kandidat als Sieger der Wahl hervorging, der weniger Stimmen hatte als seine Gegnerin bzw. sein Gegner, noch als demokratisch betrachtet werden kann. Immerhin!

8. Ein ARD-Interview mit Jean-Claude Juncker, gesendet um 5:25 Uhr am 4. November (leider in der ARD-Mediathek nicht

auffindbar), war ausgesprochen bemerkenswert, nicht nur weil Juncker ganz nüchtern war. Er berichtete von seinen Begegnungen mit Donald Trump und dessen aggressiv zu nennender Sicht auf Europa. Er wies auf die besonderen Beziehungen zum britischen Premier Johnson und zum ungarischen Ministerpräsidenten Orbán hin. Diese Sonderbeziehungen und auch Trumps Votum für den Brexit seien bemerkenswert.

9. Bemerkenswert war auch ein Gespräch, das Bettina Schausten vom ZDF kurz nach 5:00 Uhr führte. Bemerkenswert war schon die Personenauswahl: die Noch-Vorsitzende der Linkspartei Katja Kipping, Beatrix Amelie Ehrengard Eilika von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, von der AfD und von den Grünen Cem Özdemir – bekannt als großer und unerschütterlicher Freund der USA. Frau von Storch verlangte eine offene Debatte über den jetzigen Präsidenten der USA, sie kritisierte, dass die Medien ein falsches Bild vom amtierenden Präsidenten abbilden, sie schlug Donald Trump wegen seiner Israel- und Nahostpolitik zum Nobelpreis vor. Cem Özdemir kam angesichts der drohenden Fortsetzung der Präsidentschaft durch Trump auf die glorreiche Idee, wir sollten künftig statt der Zusammenarbeit mit diesem Präsidenten verstärkt die Zusammenarbeit mit den einzelnen Staaten suchen. Insgesamt eine ausgesprochen dürftige Diskussion.

10. Immerhin konnte man bei Betrachtungen über die Personalpolitik des jetzigen Präsidenten Trump in Bezug auf die obersten Gerichte lernen, dass Trump und die Republikaner die Mehrheitsverhältnisse bei den obersten Gerichten geplant und systematisch umgedreht haben bzw. ihr Gewicht verstärkt haben. Das sei eine bedrohliche Politisierung der Justiz.

11. In der langen Nacht kam auch zur Sprache, was des Öfteren im Wahlkampf schon sichtbar geworden war: Trump und seine Republikaner führten auch einen Wahlkampf gegen Sozialismus und Kommunismus. Diese Absurdität zeigt schlaglichtartig, auf welchem unrealistischen Niveau die Wahl-Auseinandersetzung in den USA gelaufen ist: abstruse Vorwürfe, Schweigen über den wahren Charakter des alternativen Kandidaten, Drohungen, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen und die Straße zu mobilisieren. Alles so abstrus, dass man wirklich damit aufhören sollte, von einer Demokratie zu sprechen, wenn man von den USA spricht.

12. In mehreren Runden und Einlassungen war die Frage aufgeworfen worden, was die Fortsetzung mit Trump und was die Alternative Biden für uns hierzulande und für Europa bedeutet. Die Antwort belegt die einseitige Auswahl der Gesprächspartner und Medienvertreter: In jedem Fall würden wir uns auf die eigene außenpolitische und militärische Stärke besinnen müssen bzw. diese ausbauen müssen. Die Idee, dass wir dann endlich dazu übergehen könnten, auf dem Kontinent die Zusammenarbeit mit Russland wieder aufzunehmen statt auf Konfrontation zu gehen, wurde nicht geäußert. Das kennzeichnet den Zustand des außen- und sicherheitspolitischen Denkens der meinungsführenden Politiker und Medien. Alles keine guten Aussichten. So oder so nicht.

**Militärische Konfrontation statt
friedlichen Zusammenlebens,**

Abschreckung statt Abrüstung

Albrecht Müller am 9. November 2020

Ist Ihnen aufgefallen, wie gleichlautend und offensichtlich systematisch geplant und gesteuert die Berichterstattung zur US-Präsidentenwahl genutzt worden ist, um uns auf vielen Kanälen eine Botschaft »einzutrichern«, die mit der Wahl und dem Wahlergebnis nicht unmittelbar etwas zu tun hat: Deutschland und Europa müsse sich um seine eigene Sicherheit kümmern, deshalb aufrüsten, um die »Abschreckung« sicherstellen. Das Wort Abschreckung, dieses Unwort des Kalten Krieges aus den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts, wird neu belebt. Die Bedeutung der Vertrags- und Friedenspolitik – 1960-1990 – wird damit aus der Geschichte entsorgt. Die Berichterstattung zur US-Wahl wird genutzt, um diese völlig veränderte Politik in die Hirne und Herzen der Mehrheit zu trimmen. Nur wenige Menschen scheinen zu begreifen, welche fundamentale und gefährliche Veränderung der Politik hier betrieben wird.

Hier sind die Belege

1. Beleg für die Sprachregelung: Auszug aus dem neuen »Spiegel«
Seite 13:



Der »Spiegel« zitiert wohlwollend die verteidigungspolitische Beraterin von Biden, Michele Flournoy, und meint, sie würde darauf drängen, dass »Washington wieder entschlossener gegenüber Russland und China auftritt und mehr Geld in Abschreckung steckt«. Der »Spiegel« weist auch darauf hin, diese möglicherweise kommende Verteidigungsministerin im Kabinett Biden habe ungehalten auf den Vorstoß des SPD--

Bundestagsfraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich reagiert, als dieser die Beteiligung Deutschlands an der sogenannten nuklearen Teilhabe infrage stellte. – Hier wird also auf voller Breite schon Stimmung gemacht gegen die wenigen Versuche deutscher Politiker, die erfolgreiche Entspannungs- und Friedenspolitik wiederzubeleben. – Man muss es ihnen lassen: Die Agitatoren der Aufrüstung, die Einflusspersonen der Rüstungswirtschaft arbeiten umfassend und konsequent.

Der Kommentar, in dem der Chefredakteur des ZDF den Begriff Abschreckung und den gleichen Gedanken wie seine Kollegen vom »Spiegel« formulierte, war mir aufgefallen und Lesern der NachDenkSeiten erfreulicherweise auch. Ich zitiere die Lesermail von Rolf Erdmann aus Frankfurt:

»Liebe NDS,

hier der Kommentar des Herrn Frey in »heute« am 07.11.20, nach dem verkündeten Wahlsieg von Biden ab Minute 12.07.: Wir müssen uns den Wahlsieg etwas kosten lassen; wir dürfen den USA nicht die Kosten des »Abschreckungsbeitrags« überlassen.

Hier der Link auf die Sendung.«¹

Insgesamt ein unglaublich devoter Kommentar inklusive der Aussage, wir müssten uns auch die Stabilisierung der Präsidentschaft Biden etwas kosten lassen.

Vom NachDenkSeiten-Leser Rolf Erdmann kam nach einem nächtlichen Mailaustausch noch folgende, zum Thema passende Anmerkung:

»Das ist eindeutig eine konzertierte Aktion, bei der wohl auch schon der Wortlaut abgestimmt ist. Ich habe das inzwischen von

Röttgen, Laschet (bei Anne Will), Gauland, Ischinger und KK gehört, obwohl ich eher wenige Nachrichtensendungen im TV ansehe. Wie ist so etwas möglich?«

Wie ist das möglich? Man muss leider davon ausgehen, dass inzwischen eine große Zahl entscheidender Politiker, Politikerinnen und Publizisten eng mit den meinungsführenden Institutionen der sogenannten westlichen Welt verbunden sind – mit der NATO, mit der US-Administration und den Geheimdiensten, mit der EU-Kommission und all den NGOs, die zu diesem Zwecke auch gegründet worden sind. Das geht vom German Marshall Fund über die Heinrich-Böll-Stiftung bis zu Stratfor² des Herrn Friedman.

Äußerungen ähnlicher Art von Röttgen, Kramp-Karrenbauer, Alexander Graf Lambsdorff, Ischinger und viel mehr finden sich immer wieder, auch jetzt in der Nachwahlberichterstattung und Kommentierung.

Diese verabredete und aus meiner Sicht gesteuerte Agitation zielt auf eine grundlegende Veränderung bzw. auf die Fortsetzung und Stärkung der seit den neunziger Jahren betriebenen grundlegenden Veränderung unserer Außen- und Sicherheitspolitik, auf:

*Konfrontation und Abschreckung statt
Zusammenarbeit und Abrüstung*

Vermutlich ist nicht vielen Menschen klar, was das bedeutet:

- eine Abkehr von der Politik, die uns 1989 und 1990 das Ende der Konfrontation und die Einheit Deutschlands gebracht hat,
- mehr Geld für Rüstung und damit weniger für anderes,
- ein neuer Kalter Krieg
- einschließlich der Gefahr eines großen heißen Krieges,
- mit Russland und mit China,
- wie von früheren US-Regierungen immer wieder angezettelt: Kriege wie im Irak, in Afghanistan, in Syrien, in Libyen usw. ...

Die neue Konfrontation mit China

Das ist ein besonderes Kapitel. Vermutlich gibt es in den USA strategische Überlegungen, diesen Konkurrenten im fernen Osten auch mit militärischen Mitteln kleinzuhalten. In den jüngsten Äußerungen, auch bei deutschen Medien und Politikern, wird sichtbar, dass sie auch bei diesen Konflikten auf der Seite der USA stehen wollen. Dazu kann man nur sarkastisch anmerken, dass vermutlich alle diese Kreaturen zum großen Kreis der Einflussagenten der Rüstungswirtschaft gehören.

P. S.: Am vergangenen Wochenende wurde nicht nur beim Thema Außen- und Sicherheitspolitik mit dem potentiellen Präsidenten Biden der USA eine weitgehende Gleichrichtung der Berichterstattung und Kommentierung sichtbar. Ähnliches wurde bei anderen Themen praktiziert:

Zum Beispiel bei der unentwegt wiederholten Bewunderung für die hohe Zahl von Stimmen des potentiellen neuen Präsidenten.

Wenn die Wahlbeteiligung steigt, dann ist dieses Phänomen selbstverständlich. Trotzdem wurde es benutzt, um die besondere Qualität dieser Wahlentscheidung und den besonderen Erfolg des Herrn Biden zu belegen.

Zum Beispiel wurden die Demonstrationen der Querdenker--Bewegung vom vergangenen Samstag in Leipzig in unglaublich dreister Gleichschaltung von Politik und Medien kritisiert – entgegen dem Zeugnis einzelner Teilnehmer und Beobachter wurde wie üblich unterstellt, dass es sich um eine Demonstration von Rechten gehandelt hätte. Auch die Polizei und die Gerichte wurden einvernehmlich kritisiert – von Politikerinnen wie der Bundesjustizministerin genauso wie von nahezu allen Hauptmedien. Da findet nichts an Differenzierung statt. Selbst ein besonnener Polizeipräsident wird publizistisch niedergemacht. Und das ist wie bei der Kommentierung der US-Wahlen vermutlich clever gesteuert.

Habemus Mamam ... das ist jedoch kein Grund zur Freude

Jens Berger am 20. April 2021

Die Grünen gehen wie zu erwarten für Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin in den Wahlkampf. Und zum ersten Mal ist das durchaus wörtlich zu nehmen. Gleich in verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten – allen voran einer Ampel – könnte Baerbock tatsächlich Angela Merkel im Amt folgen. Von BILD über taz bis zur Süddeutschen ist die Freude groß. Das ist verständlich. Aber auch

in den »sozialen« Netzwerken übertreffen sich selbst als »irgendwie links« verstehende Nutzer gegenseitig mit Lobeshymnen auf diese Personalie. Warum? Es gibt in Deutschland wohl wenig Politiker gleich welchen Geschlechts, die auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik derart aggressiv unterwegs sind wie Frau Baerbock. Das letzte Mal, als die Freude über einen grünen Kanzlerkandidaten so groß war, hieß der Auserwählte Joschka Fischer. Es endete mit Hartz IV, Rentenkürzungen, völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und Bomben auf Belgrad. Offenbar haben das Viele schon vergessen.

Ja, man muss den Grünen ein Kompliment machen. Ihre Entscheidung, mit Annalena Baerbock ins Rennen zu gehen, ist aus wahlkampfaktischer Perspektive ein schlauer Schachzug. Inhaltlich und rhetorisch kann die Kandidatin ihrem Konkurrenten Robert Habeck natürlich nicht das Wasser reichen und selbst unter eingefleischten Grünen-Fans gibt es wohl niemanden, der Baerbock nun auf der inhaltlichen Ebene für besonders profiliert oder gar für eine große Denkerin hält. Aber darum geht es bei den Grünen doch ohnehin nicht.

Die Grünen sind eine moderne Partei, wahrscheinlich sogar die modernste Partei in Deutschland. Inhalte wurden überwunden, es geht um Gefühle. Das wissen schlaue Politstrategen. Man kauft einen Joghurt schließlich auch nicht, weil er hochwertige Inhalte hat, sondern weil das Marketing einem das Gefühl vermittelt, sich mit diesem Produkt gesund zu ernähren oder gar die Welt zu retten. Und seien wir doch mal ehrlich: Das Angebot der Spitzenkandidaten bei der kommenden Wahl ähnelt doch sehr stark einem Joghurtregal im Supermarkt – uniforme Produkte, die sich

weniger durch ihre Inhalte, sondern mehr durch ihre Verpackung und das damit verbundene Image unterscheiden, mit dem die Werbestrategen ihre Produkte positionieren wollen. Und zwischen den grauen altbackenen Produkten Laschet und Scholz wirkt die junge Mutter, die gerade eben wegen ihres fehlenden politischen Profils als etwas »Neues« und »Anderes« wahrgenommen wird, irgendwie attraktiver. Das wird so manchen Käufer – sorry, ich meinte natürlich Wähler – überzeugen.

Und schon bin ich selbst in die Falle gegangen. Genau dies ist schließlich der PR-Trick der Grünen. Denn das Produkt Annalena Baerbock ist keinesfalls so belanglos, wie es – wie man in der Marketingsprache sagen würde – positioniert wird. Vor allem auf dem politischen Feld der Außen- und Sicherheitspolitik ist Baerbock vielmehr eine neue kalte Kriegerin, wie es sie in der politischen Landschaft Deutschlands selten gibt. Ein paar Beispiele:

- Erst kürzlich bekannte Baerbock in einem Interview mit dem ZDF³, Deutschland brauche »dringend eine klare außenpolitische Haltung gegenüber dem russischen Regime« (sic!) und forderte abermals »schärfere Sanktionen« gegen das »System Putin«.
- Baerbock fordert schon lange einen sofortigen Baustopp der Pipeline Nord Stream 2. Vor allem die Begründung hat es in sich: Die Pipeline laufe – so Baerbock – »den geostrategischen Interessen der EU« zuwider, »destabilisiere die Ukraine« und »konterkariere den klaren Russlandkurs auf EU-Ebene«. Victoria (»Fuck the EU«) Nuland wäre stolz auf die grüne Kandidatin.

- Baerbock tritt klar für höhere Ausgaben für Verteidigung und Bundeswehr ein⁴ und befürwortet zusätzliche Auslandseinsätze. »Wir dürfen uns nicht wegducken«⁵, so Baerbocks sicherheitspolitisches Mantra. »Wenn der Westen Ländern wie China, Russland oder der Türkei nicht das Feld überlassen will«, müsse »Europa seine Friedensrolle in der Welt ernster nehmen«. Das sind genau die bellizistischen Töne, mit denen die Grünen sich bereits seit Langem von ihrer früheren Friedenspolitik verabschiedet haben.
- Dem neuen US-Präsidenten Biden will⁶ Baerbock dann auch »ein ambitioniertes Angebot für eine erneute transatlantische Agenda unterbreiten«.

Diese Positionen und Zitate lassen keinen Zweifel. Man sollte Annalena Baerbock nicht verharmlosen. Unter der Schale der oft unbedarft, aber dabei sympathisch wirkenden jungen Frau stößt man schnell auf eine kalte Kriegerin, die ohne mit der Wimper zu zucken für eine Spannungspolitik und militärisches Vorgehen im Sinne einer europäischen oder transatlantischen Geostrategie eintritt. Was mit den Bomben auf Belgrad begann, setzt sich in Person von Annalena Baerbock nahtlos fort.

Es ist also naiv, die Kandidatin nun für ihre »Wertschätzung, Menschlichkeit und Empathie« zu loben, wie es die Süddeutsche in einem hanebüchernen Artikel auf ihrer Jugendseite vormacht⁷. Und vor allem sich selbst als links empfindende Gratulanten sollten lieber früher als später die Kandidatin einem Realitätscheck unterziehen. Denn bei näherer Betrachtung wirkt Baerbock eher wie ein junger weiblicher Wiedergänger von Joschka Fischer als wie

eine progressive Politikerin, die eine Alternative zu was auch immer darstellen könnte.

K-Frage - welchen Opportunisten hätten Sie denn gerne?

Jens Berger am 16. April 2021

Wer in den letzten Tagen Medien verfolgt hat, könnte glatt meinen, diese Woche sei eine Schicksalswoche für Deutschland. Die Unionsparteien und mit ihnen ihre Gremien und Verbände zoffen sich über die K-Frage und die Leitartikler sind aus dem Häuschen. Laschet oder Söder? Wer soll Kanzlerkandidat und eventueller Merkel-Nachfolger werden? Für einen Außenstehenden, der solche Fragen höchstens noch mit Zynismus betrachtet und den Politklatschbasen á la Robin Alexander oder Albrecht von Lucke bestenfalls amüsieren, ist diese Debatte ermüdend. Zwar verkauft sich Politik über Gesichter; der Versuch, die K-Frage analytisch zu betrachten, gleicht jedoch dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Welcher der beiden Großmeister des Opportunismus nun die C-Parteien in die Wahl führt, ist letztlich eher eine kosmetische Frage, da die Machtzentren im Hintergrund die gleichen bleiben.

Für was steht eigentlich Armin Laschet? Zu dieser Frage könnten Qualitätsjournalisten großer Zeitungen sicher ganze Seiten füllen. Doch warum? Die interessantere Frage ist doch eigentlich: Steht Armin Laschet überhaupt für etwas? Hat er überhaupt Überzeugungen? Um sich diesen grundsätzlicheren Fragen zu